

"Nordwestumfahrung abermals abgelehnt"

Artikel aus der FAZ vom 13.07.2011:

obo. TAUNUSSTEIN. Mit den Stimmen von SPD und Grünen haben die Taunussteiner Stadtverordneten auf ihrer Sondersitzung am Montagabend die umstrittenen Pläne für eine Nordwestumfahrung von Hahn und Bleidenstadt zu den Akten gelegt und sich grundsätzlich gegen jede neue Straßenverbindung über das Aartal ausgesprochen. Die neue Koalition hat damit ihr im Wahlkampf bedeutendstes Versprechen an die Wähler eingelöst.

Eigentlich hatte die neue Mehrheit diese Beschlüsse schon auf der Junisitzung gefasst, doch Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) hatte vorsorglich und fristwährend dagegen Widerspruch eingelegt, weil er im Verlauf einer turbulenten Sitzung bei der Beschlussfassung Verstöße gegen die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung erkannt hatte. Hofnagel, der seinen Urlaub an der polnischen Ostsee wegen der Sondersitzung nun eigens verkürzt hatte, gestand am Montag allerdings ein, dass er nach einer zwischenzeitlichen Prüfung doch keine formellen Bedenken gegen die Beschlüsse mehr habe.

Die Fraktionen nutzen die Aussprache darüber gleichwohl zu einem Schlagabtausch über das bedeutsame Infrastrukturprojekt. Helmut Grundstein (FWG) sieht wegen des endgültigen Verzichts auf die Umgehungsstraße einen drohenden Stillstand der Stadtentwicklung. CDU-Fraktionschef Sandro Zehner sprach von einer Gefährdung der weiteren Entwicklung der Ortskerne und warf Rot-Grün vor, bisher kein alternatives Verkehrskonzept auf den Tisch gelegt zu haben. SPD-Fraktionschef Gerald Fuhr sagte dagegen, es sei richtig, bei der Verkehrsentwicklung in Taunusstein nun „kurz auf die Bremse zu treten“, um eine völlig neue Verkehrsplanung für die Stadt auf den Weg zu bringen.

Günter Linke (Die Grünen) verlangte von der Opposition mehr Respekt für die Entscheidung der neuen Mehrheit, von einer Straße Abstand zu nehmen, „die nicht funktioniert“. Die Pläne für eine Nord-West-Tangente stellten ein „nicht haltbares Versprechen an die Bürger“ dar, bezweifelte die SPD-Vorsitzende Svenja Feth ebenso wie Fuhr die Entlastungswirkung der Tangente für das Taunussteiner Straßennetz. Feth erinnerte die CDU außerdem daran, sie habe der SPD in Sondierungsgesprächen nach der Kommunalwahl sogar selbst den Verzicht auf die Straße angeboten.

Dagegen warf Andreas Monz Rot-Grün vor, in Taunusstein nun „sämtliche Ampeln auf Rot“ zu stellen, obwohl die Kommune im Hinblick auf den Neubau der Tangente noch nie so weit gewesen sei wie jetzt. Unter Hinweis auf die politischen Folgen der Erdbebenkatastrophe in Japan bezweifelte Monz zudem, dass es in Taunusstein unter den Bürgern tatsächlich eine Mehrheit gegen die Straße gibt. Ähnlich argumentierte sein Fraktionskollege Gerhard Wittmeyer, der Rot-Grün eine krasse Fehlentscheidung vorhielt: „Sie versündigen sich an der Stadtplanung“, bedauerte der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher. Danach setzte Rot-Grün per Beschluss das Ende der Debatte durch und wies alle Widersprüche von Bürgermeister Hofnagel zurück. Für die neue Mehrheit ist das Thema Tangente endgültig erledigt.